

# Hamburgs linke Szene trommelt zur Krawallnacht



Von MANFRED ROUHS | Die „Interventionistische Linke“ hat für den Freitag-Abend im Hamburger Schanzenviertel eine als politisch deklarierte öffentliche Versammlung angemeldet. Die Polizeiführung der Hansestadt überlegt hin und her, ob sie den Aufzug womöglich verbieten will. Der Anmeldung zufolge soll es um „Polizei, Rassismus und Gewalt“ gehen. Könnte sich die linksextreme Szene mit diesen Themen eventuell auch friedlich auseinandersetzen? Falls ja, warum tut sie es dann so selten?

Statt dem Spuk frühzeitig ein Ende zu bereiten, „blickt die Polizei Hamburg mit Sorge auf das bevorstehende Wochenende und wendet sich mit einem Appell an alle Hamburgerinnen und Hamburger“, wie es in einer Pressemitteilung heißt.

Voller Sorge in die Welt blicken, statt rechtzeitig einzuschreiten – das kann die bundesrepublikanische Polizei gut, darin hat sie Übung. Und sie kennt ihre Pappenheimer. In der Erklärung heißt es weiter: „Sollte es zu großen Menschenansammlungen inklusive des Verzehrs von alkoholischen Getränken kommen, werden im Zweifel erneut Alkoholverkaufsverbote ausgesprochen oder sogar Lokale schließen müssen.“

Das bedeutet also: Gastwirte müssen im Zweifelsfall ihren Laden dicht machen, weil die rote Krawallszene zu Bürgerkrieg und allgemeinem Besäufnis aufruft. Kann es sein, dass sich diese Drohung an die falsche Adresse richtet? Wäre es nicht

besser, mit jenem Teil der „Interventionistischen Linken“, der Recht und Gesetz missachtet, so konsequent zu verfahren, wie die Polizei nicht nur, aber auch in Hamburg es tun würde, falls Neonazis zu einem Skinheadkonzert in die Schanze eingeladen hätten?

Ist die Hamburger Polizei wirklich so dumm und naiv, wie sie sich in ihrer Pressemitteilung einer staunenden Öffentlichkeit präsentiert? Oder steht sie derart unter politischem Druck, dass ihre Arbeit und ihre öffentlichen Erklärungen zu einer peinlichen Realsatire verkommen?

Nur eines steht jetzt schon fest: Und zwar, wer die Zeche bezahlen und dafür aufkommen muss, wenn die Stadtreinigung ab Montag die Scherben zusammenfegt. Das ist der deutsche Steuermichel, auf dessen Kosten sich die „Interventionistische Linke“ austoben darf.



*PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“ herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.*

Abonnieren Sie unseren Telegram-Kanal

**PINEWS**  
t.me/PINEWS1

